

29.02.2024

Kleine Anfrage 3462

des Abgeordneten Dr. Werner Pfeil FDP

Schutz vor Hochwasser – lässt die Landesregierung die Geschädigten im Regen stehen?

Im Rahmen einer umfassenden Überprüfung wurden an 438 Gewässern mit einer Gesamtlänge von 6.000 Kilometern signifikante Hochwasserrisiken identifiziert. Daraufhin kündigte die zuständige Behörde an, bestehende Hochwasserschutzkonzepte zu überarbeiten und neue überregionale Maßnahmen zu planen. Ein bereits 2022 vorgestellter 10-Punkte-Plan zielt auf langfristige Verbesserungen im Hochwasserschutz ab, einschließlich der Schaffung neuer Überschwemmungsgebiete und der Überprüfung der Sicherheit von Talsperren.

In Dinslaken, speziell im Ortsteil Eppinghoven, kam es seit Dezember 2023 zu wiederholten Überflutungen von Kellern in über 150 Haushalten. Diese Situation führte zu finanziellen Belastungen für die betroffenen Haushalte, da die entstandenen Schäden häufig nicht durch Versicherungen gedeckt sind. Verschiedene Faktoren, darunter außergewöhnlich starke Niederschläge, Strömungshindernisse im Rotbach und mögliche Auswirkungen der Renaturierung der Emscher auf die unterirdischen Wasserströmungen und den Grundwasserspiegel, wurden als mögliche Ursachen für die Situation genannt. Ein von der Stadt Dinslaken in Auftrag gegebenes Gutachten soll die Ursachen klären, wobei bislang keine Maßnahmen zur Schadensminderung umgesetzt wurden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um den Betroffenen in Dinslaken niederschwellige Hilfe zukommen zu lassen?
2. Was unternimmt die Landesregierung, um die Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren durch gestiegene Grundwasserpegel zu schützen?
3. Was plant die Landesregierung mit Blick auf eine mögliche Pflichtversicherung gegen Hochwasserschäden?
4. Was unternimmt die Landesregierung, um Kommunen und Kreise unmittelbar im Bereich des Katastrophenschutzes zu stärken?
5. Welche technische Ausrüstung soll in diesem Jahr angeschafft werden, um den Hochwasserschutz bzw. den allgemeinen Katastrophenschutz zu stärken?

Dr. Werner Pfeil

Datum des Originals: 29.02.2024/Ausgegeben: 01.03.2024